



An den SPD-Bundesvorstand,

die SPD-Bundestagsfraktion

Internes Positionspapier der DL21 Bayern

Einschätzung und Ergänzungen zum Beschlusspapier von SPD & Union

Vorbemerkung

Diese Zeilen entstehen in großer Sorge über das Erstarren der AfD in Deutschland und den weltweiten Aufschwung autoritärer, rechter Bewegungen. Ein bloßes Verbot wird das Problem nicht lösen. Wenn die AfD weiter anwächst, droht die sogenannte „Brandmauer“ von der anderen Seite eingerissen zu werden.

Der Kapitalismus ist in einer Phase angekommen, in der er gesellschaftliche Spaltungen verschärft, demokratische Institutionen schwächt und die Grundwerte unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung gefährdet. Unsere Antwort darauf muss eine Politik sein, die sich an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert – und die Lebensrealitäten der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Dafür steht die Sozialdemokratie, deren programmatische Wurzeln in der marxistischen Gesellschaftsanalyse, im ethischen Sozialismus und in der religiösen Sozialethik liegen.

Die entscheidende Frage ist daher: Wie erreichen wir wieder unser Wählerpotential – die Menschen, die hart arbeiten, die in der Pandemie beklatscht, aber politisch vergessen wurden, sowie den Mittelstand?

Analyse: Wo wir scheitern

- Wir sprechen die **Probleme der einfachen Leute** nicht klar und verständlich an.
- Wir bieten zu wenige konkrete, glaubwürdige Lösungen.
- Ein neues Grundsatzprogramm allein, das über Jahre diskutiert wird, reicht nicht. Wir brauchen **rechenbare Konzepte und Kampagnen**, die unmittelbar an den Lebensrealitäten ansetzen.

Themenfelder & Vorschläge

1. Bezahlbarer Wohnraum

- Versprechen von 400.000 Wohnungen jährlich (davon 100.000 Sozialwohnungen) wurde verfehlt. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt sogar.
- Glaubwürdigkeit leidet, wenn die jetzige Bauministerin eine „Halbierung der Baupreise“ verspricht – das glaubt niemand.
- **Vorschlag:** Fördergelder von Bund und Ländern **ausschließlich an kommunale und gemeinnützige Baugesellschaften**.
 - Langfristige Entlastung der Mieter:innen, da Wohnungen nicht nach 25–30 Jahren verkauft oder „aus der Bindung“ modernisiert werden.
 - Wohnungskonzerne würden strukturell geschwächt, Kommunen könnten übernehmen.
 - Enteignungsdebatte erübrigt sich – aber das Ziel bleibt: **lebenslanges Wohnrecht in sicheren Mietverhältnissen**.

2. Rente

- Einbeziehung von Beamten und Selbständigen ist zwar richtig, löst das Problem kurzfristig nicht.
- Bundeszuschuss von über 100 Milliarden € ist kaum weiter steigerbar.
- **Vorschlag:** Ausbau der **Grundrente** für Menschen mit vielen Beitragsjahren und Ersatzzeiten, die trotzdem geringe Renten haben.
 - Einkommensprüfung bleibt wichtig, um gezielt Bedürftige zu unterstützen.

3. Kranken- und Pflegeversicherung

- Bürger:innenversicherung ist richtig, aber kurzfristig rechtlich und praktisch schwer umsetzbar.
- **Vorschlag:**
 - Deutlich stärkere jährliche Anhebung der **Beitragsbemessungsgrenzen**.
 - Einbeziehung von Einkommen aus **Vermietung, Verpachtung, Zinsen und Dividenden**.

4. Gerechtigkeit & Umverteilung

- Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.
- Mit neuen Krediten ohne solide Gegenfinanzierung wird das Ganze noch ungerechter, da Rückzahlungen v.a. die kleinen Leute tragen.
- **Vorschläge:**
 - **Vermögensteuer** für große Vermögen.
 - **Reform der Erbschaftsteuer** – Ungerechtigkeiten (Wohnung erben vs. 100 Wohnungen steuerfrei) klar benennen.
 - **Börsenumsatzsteuer** von 0,5 %: enorme Einnahmen, sozial gerecht.
 - **Abschaffung der Abgeltungssteuer** (25 % auf Kapitalerträge).
 - Höherer **Spitzensteuersatz** – aber erst ab sehr hohen Einkommen, um den Mittelstand nicht zu belasten.

5. Kommunikation & Glaubwürdigkeit

- Wir sprechen **nicht die Sprache der einfachen Leute** – unsere Plakate („Für bezahlbare Wohnungen“) wirken hohl, wenn die Realität anders aussieht.
- **Vorschläge:**
 - **Kampagnen auf Basis von ehrlichen, durchgerechneten Konzepten**. Nicht nur fordern, sondern erklären, wie wir es umsetzen.
 - Steuerpolitik erklären: zeigen, wie das System die Reichen begünstigt und die Mehrheit belastet.
 - Erst die Mitglieder mit **Fakten schulen**, dann gezielte Öffentlichkeitsarbeit:
 - günstige Kapitalertragsbesteuerung,
 - ungerechte Erbschaftsregeln,
 - massive Steuervorteile für Vermieter mit hohen Einkommen.
 - So können wir **Steuergerechtigkeit statt Steuererhöhungen** vermitteln.

6. Tarifbindung & Löhne

- Trotz Tarifbindung gibt es Bereiche mit schwachen Abschlüssen, da Gewerkschaften dort wenig Mitglieder/Streikfähigkeit haben (z. B. Handel, Dienstleistungen).
- **Vorschlag:** Einführung von **Branchenmindestlöhnen** oberhalb des allgemeinen Mindestlohns in diesen Bereichen, gemeinsam mit den Gewerkschaften.

Gesellschaftliche Grundorientierung

- Unser Grundwert ist **Solidarität**: niemand wird zurückgelassen.
- Geld und Eigentum dürfen nicht zu gesellschaftlicher Übermacht führen.
- Bestimmte Bereiche gehören nicht dem privaten Profit, sondern der demokratischen Steuerung:
 - **Wohnungsbau und Boden,**
 - **Medien der Grundversorgung,**
 - **zentrale wirtschaftliche Weichenstellungen.**
- Transformation braucht **Gremien** auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene, in denen Gewerkschaften, Unternehmer:innen und die öffentliche Hand gleichberechtigt entscheiden. Die Bundesregierung muss hierfür die rechtlichen Grundlagen für starke Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft weiterentwickeln, insbesondere die Initiativrechte von Betriebsräten stärken sowie gezielte Förderprogramme für nachhaltige Innovation und Digitalisierung auflegen. Investitionen in Qualifizierung und Weiterbildung, die Förderung von Tarifbindung und die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen sichern.

Fazit

Die starke wirtschaftspolitische Ausrichtung der Koalition wäre dann ein Fortschritt, wenn Wirtschaftspolitik nicht als Selbstzweck verstanden würde. Eine Politik, die auf eine, 'Trickle-down'-Logik setzt – also darauf, dass es allen besser geht, wenn es den Unternehmen gut geht – greift zu kurz. Wirtschaftspolitik muss den Menschen dienen, die unseren Wohlstand tatsächlich durch ihre Arbeit erwirtschaften. Geld arbeitet nicht, Menschen arbeiten. Deshalb braucht es eine Rückverteilung des Wohlstands dorthin, wo er entsteht – bei den Arbeitenden. Das ist nachhaltiger und gerechter, als nachträglich über Sozialpolitik umzuverteilen, auch wenn der Sozialstaat selbstverständlich nicht weiter ausgehöhlt werden darf.

Dass die Koalition sicherheitspolitische Schwerpunkte setzt, entspricht den aktuellen Herausforderungen. Entscheidend ist aber, dass äußere Sicherheit nicht zu Lasten sozialer Sicherheit geht. Beide sind gleichberechtigte, zentrale Säulen, um den Menschen Sicherheit und Zuversicht für die Zukunft zu geben.

Nur wenn politische Entscheidungen direkt an den Lebensrealitäten der Menschen ansetzen, kann soziale Gerechtigkeit mehr sein als ein Schlagwort.

Die SPD muss – mit Unterstützung der DL21 – endlich:

- konkrete, glaubwürdige und sozial gerechte Konzepte entwickeln,
- **soziale Gerechtigkeit ins Zentrum stellen,**
- und wieder **die Sprache der einfachen Leute sprechen.**

Nur so verhindern wir, dass rechte Kräfte weiter erstarken, und nur so wird Sozialdemokratie wieder als Kraft der Mehrheit wahrgenommen.

Mit sozialistischen Grüßen

für die DL21Bayern:

Anja König – Herbert Lohmeyer

Vorsitzende

Mobil: 015253113535

Mail: vorstand@dl21-bayern.de